

Sachdarstellung, Begründung, ggf. finanzielle Auswirkungen

Der Bauausschuss der Samtgemeinde hat in seiner Sitzung am 31.08.2009 empfohlen, die Gaststätte nicht durch einen Kaltwintergarten zu erweitern sondern durch die Erweiterung des Gastraumes selbst.

Auszug aus dem Protokoll vom 31.08.2009

Seitens der Verwaltung wurde der in der Sitzung vom 16.03.2009 erarbeitete Lösungsvorschlag, Erstellung eines Kaltwintergartens statt der erforderlichen Fassadensanierung, mittels eines Entwurfs und einer Kostenschätzung den Ausschussmitgliedern vorgelegt.

Der Entwurf wurde auch in enger Abstimmung mit dem Pächterehepaar Schulze erstellt.

Dem Pächterehepaar kam die Lösung des Kaltwintergartens sehr entgegen, da dieser keine Erhöhung der Nebenkosten (Heizung und Strom) verursacht und des Weiteren ein separater Raum entsteht, der es zulässt, auch bei geschlossenen Gesellschaften den normalen Gaststättenbetrieb aufrecht zu erhalten.

Im Bedarfsfall sollte der Kaltwintergarten in der kalten Jahreszeit mit Infrarotstrahler, die in kürzester Zeit den Kaltwintergarten aufheizen und eine Wohlfühltemperatur herstellen und die das Pächterehepaar montieren lassen wollte, beheizt werden.

Ausschussvorsitzender Röhr stellt zur Diskussion, ob eine Erweiterung der Gaststätte nicht die bessere und wirtschaftlichere Lösung ist.

Er gibt auch zu bedenken, ob der vorhandene Fußbodenbelag (Betonplatten bzw. Klinkerpflaster) erhalten bleiben soll.

Hierzu wird seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass bei einer Erweiterung des Gastraumes selbst, die EnEV 2009 voll zum Tragen kommt.

D.h.: Alle Teile der beheizten Hülle, die von der Erweiterung betroffen sind, müssen auch der EnEV 2009 entsprechen, was die Kosten erheblich erhöht.

Die Kosten hierfür können ohne Planung und Entwurf seitens der Verwaltung nicht genannt werden.

Würde man jedoch die vorhandene Außenfassade nicht entfernen, muss nur der Anbau der EnEV 2009 entsprechen.

Da es für die Erweiterung des Gastraumes keine Kostenschätzung und auch keinen Entwurf gibt, wurde seitens der Ausschussmitglieder empfohlen, ein Planungsbüro zu beauftragen.

Bei der vom Bauausschuss empfohlenen Variante ist davon auszugehen, dass der Haushaltsansatz von 30.000 € für die Baumaßnahme nicht ausreichen wird.